

## Die völkerrechtliche Lage auf dem Balkan<sup>1)</sup>

**Die außenpolitischen Motive des griechischen Bürgerkriegs — Die Beziehungen zwischen Italien und Jugoslawien und zwischen Bulgarien und Jugoslawien — Bulgarisch-türkische Spannung — Die Balkanenteente und die Wiederaufrüstung Bulgariens, Österreichs und Ungarns — Die Dardanellenfrage — Eine englische Auffassung über den Charakter der Friedensverträge — Marseiller Attentat vor dem Völkerbund**

Die Probleme der allgemeinen europäischen Politik haben neben den lokalen Ereignissen die völkerrechtliche Lage auf dem Balkan während der letzten Monate besonders bunt gestaltet.

Der griechische Aufstand von Anfang März hat durch seine Motive auch eine völkerrechtliche Bedeutung erhalten. Man hat sogar vermutet, daß eine außerbalkanische europäische Macht hinter diesen Vorgängen steht.

Unter den innerpolitischen Fragen stand an erster Stelle die der Staatsform. Der Kampf, den Venizelos schon vor dem Kriege, sodann während und nach diesem gegen die Dynastie geführt hat, endete mit der Einführung der Republik in Griechenland. Die republikanische Idee schien jedoch schwer im Volke Wurzel zu schlagen. Die Wiederherstellung der Monarchie stand insbesondere im Programm der von Tsaldaris, dem jetzigen Ministerpräsidenten, geführten Partei. Nach der Übernahme der Regierung durch Tsaldaris entbrannte der Kampf für und gegen die Monarchie von neuem und heftiger als zuvor. Die regierende Partei wurde von der Opposition, besonders von Venizelos, beschuldigt, die Wiederherstellung der Monarchie anzustreben und damit gegen die Verfassung zu verstoßen.

Innerstaatlich hat der Aufstand in der vorläufigen Einführung eines diktatorischen Regimes seinen Abschluß gefunden. Nach Ausschaltung des Senats, dessen Mehrheit aus venizelistisch Gesinnten bestand, ließ sich die Regierung von dem ihr gehorsamen Abgeordnetenhaus Vollmachten geben und die den beiden Häusern zustehende gesetzgebende Gewalt über die Staatsverfassung hinweg auf den Staatspräsidenten übertragen. Danach hat sich das Abgeordnetenhaus *sine die* vertagt. Auf Grund dieser Vollmachten hat die Regierung ein Verfassungsgesetz erlassen, durch das der Senat aufgehoben und das Abgeordnetenhaus aufgelöst wurde. Durch dieses Gesetz ist die alte Verfassung teilweise außer Kraft gesetzt. Es wird aber an einer neuen Staatsverfassung gearbeitet, die innerhalb einiger Monate dem Volke zur Genehmigung vorgelegt werden soll. Das Volk soll durch eine Abstimmung auch über die Staatsform entscheiden.

Die Außenpolitik spielte in den parteipolitischen Kämpfen eine Rolle vor allem im Zusammenhang mit dem Abschluß des Balkanpaktes.

<sup>1)</sup> Letzter Bericht oben S. 127.

Wie erinnerlich, hatte sich die Regierung, um die Ratifizierung durch das Parlament zu erlangen, gezwungen gesehen, vor dem Parlament eine den Wünschen der Opposition entsprechende Erklärung abzugeben, die dahin ging, daß Griechenland nach dem Pakt nicht verpflichtet sei, an einer bewaffneten Aktion gegen eine außerbalkanische Macht teilzunehmen<sup>1)</sup>. Trotzdem haben sich die Gemüter in Griechenland nicht beruhigt, und die Zweckmäßigkeit des Balkanpaktes und dessen Vereinbarkeit mit den Interessen Griechenlands war weiterhin Gegenstand der politischen Auseinandersetzungen. Die Opposition, vor allem die Partei Venizelos', erstrebte ein Bündnis mit Italien, da ein solches größere Vorteile biete als der Balkanpakt. Der Hauptzweck eines solchen Bündnisses mit einer außerbalkanischen Macht, nämlich der Gefahr eines sog. slawischen Blocks, der sich aus der Verständigung zwischen Bulgarien und Jugoslawien ergeben konnte, zu begegnen, wurde für Griechenland jedoch durch die in dem Balkanpakt erreichte gegenseitige Garantie der Grenzen in stärkerem Maße erreicht, als dies durch einen Zusammenschluß mit Italien, dem Hauptrivalen Jugoslawiens, möglich gewesen wäre. Ein politisches Zusammengehen Griechenlands mit Italien hätte, da die Rivalität Italiens und Jugoslawiens infolge der engen Verbindung zwischen Frankreich und Jugoslawien weit über die rein balkanischen Interessen hinausreicht, auch die Stellung Griechenlands auf dem Balkan in weiterem Maße mit den allgemeinen Problemen der europäischen Politik verknüpft, als dies im Sinne der griechischen Opposition, vor allem der Partei Venizelos' selbst lag, die die griechische Regierung ja eben aus diesem Grunde zu der oben erwähnten Erklärung bei Abschluß des Balkanpaktes gezwungen hatte. So hätten die Beziehungen zwischen Frankreich und Jugoslawien eine offene Bündnispolitik Italiens gegen Jugoslawien niemals ohne Rückwirkungen auf das Verhältnis Frankreichs zu Italien zugelassen. Die Abhängigkeit dieser Beziehungen zeigt sich besonders deutlich in den Auswirkungen der französisch-italienischen Vereinbarungen vom 7. Januar 1935<sup>2)</sup> auf das Verhältnis Italiens zu Jugoslawien. Die Entspannung in diesem Verhältnis ist den römischen Pakten unmittelbar gefolgt und hat in der Rede des neuen italienischen Gesandten in Belgrad bei der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens ihren Ausdruck gefunden<sup>3)</sup>.

1) Vgl. diese Zeitschr. Bd. IV, S. 327.

2) Vgl. diese Zeitschr. Bd. V, S. 398.

3) »Je suis expressément chargé par le chef de mon gouvernement de déclarer que mon activité sera dirigée vers la réalisation d'un rapprochement positif entre nos deux pays. Je suis autorisé à répéter que l'Italie n'a rien que des sentiments amicaux envers la Yougoslavie et n'a pas l'intention de troubler son développement ou de porter atteinte à son intégrité territoriale, mais au contraire, elle se propose de développer toutes les possibilités existantes dans le but de parvenir à une collaboration cordiale et concrète et à une entente sur les plans politique et économique« (Journal de Genève, 17. III. 1935).

Man weiß, daß die Bestrebungen Italiens auf Erwerb des jugoslawischen Dalmatiens — das durch das Londoner Abkommen von 1915 Italien als Preis für den Eintritt in den Krieg gegen die Zentralmächte versprochen worden war —, denen Jugoslawien mit dem Freundschaftsvertrag vom 27. Januar 1924 <sup>1)</sup> umsonst zu begegnen versuchte, der empfindlichste Punkt für die nachbarlichen Beziehungen beider Länder waren, besonders, da diese Ansprüche von der italienischen Presse oft in der Form geltend gemacht wurden, daß jede Berechtigung für die Existenz Jugoslawiens als eines einheitlichen Staates in Abrede gestellt wurde. Die Erklärung Italiens, daß es die Integrität des jugoslawischen Territoriums anerkenne und auf dieser Grundlage eine Zusammenarbeit in Aussicht nehme, kann infolgedessen als eine grundlegende Wandlung in den Beziehungen der beiden Staaten angesprochen werden.

Die bulgarisch-jugoslawischen Beziehungen andererseits entwickeln sich im Sinne einer engeren Freundschaft. In Durchführung der bei der königlichen Begegnung im September vorigen Jahres in Sofia gefaßten Beschlüsse <sup>2)</sup>, wurden Ende Februar von bulgarischer und jugoslawischer Seite Kommissionen eingesetzt, deren Aufgabe darin bestand, die vereinbarten Verkehrserleichterungen zwischen beiden Ländern zu verwirklichen. Nach viertägiger Arbeit unter dem Vorsitz des Generalsekretärs des Auswärtigen Amtes in Sofia und des dortigen jugoslawischen Gesandten, haben die beiden Kommissionen die erforderlichen Bestimmungen zur Paßerleichterung getroffen, sowie neue Übergangspunkte an der bulgarisch-jugoslawischen Grenze festgelegt und den Verkehr der Grenzbevölkerung im Sinne der früheren Abkommen <sup>3)</sup> gefördert. Wie geringfügig diese Ergebnisse äußerlich auch aussehen mögen, so bringt doch die Atmosphäre, unter der diese Arbeiten erledigt wurden, eine besonders freundliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien zum Ausdruck. Faßt man noch die gegenseitigen Besuche von Intellektuellen beider Länder ins Auge, dann ist der Eindruck deutlich, daß die bulgarisch-jugoslawische Annäherung bei Ausschaltung der mazedonischen Frage befriedigendere Resultate ergibt, und daß ein Unruheherd auf dem Balkan beseitigt werden kann.

\* \* \*

Der Bürgerkrieg in Griechenland drohte jedoch die so eingeleitete friedliche Entwicklung auf dem Balkan zu unterbrechen. Wie bekannt, hat der ständige Vertreter Bulgariens beim Völkerbund dem Sekretariat

<sup>1)</sup> Vgl. diese Zeitschr. Bd. IV, S. 613

<sup>2)</sup> Vgl. diese Zeitschr. Bd. IV, S. 883.

<sup>3)</sup> Vgl. diese Zeitschr. Bd. II, Teil 2, S. 239 ff.

eine Verbalnote überreicht, in der er auf die militärischen Maßnahmen seitens der Türkei an der türkisch-bulgarischen Grenze aufmerksam machte <sup>1)</sup>). Diese Note hat keinen Anlaß zu irgendwelchen Schritten seitens des Völkerbundes gegeben, da sie von der bulgarischen Regierung zurückgenommen wurde, die sich mit dem Vorgehen ihres Vertreters, der alsbald abberufen wurde, nicht einverstanden erklärte. Nach den Äußerungen der maßgebenden Stellen leben beide Nachbarländer, ungeachtet der manchmal vorkommenden unfreundlichen Auslassungen der beiderseitigen Presse, im Sinne des Freundschaftsvertrages vom 18. Oktober 1925 <sup>2)</sup> und des Neutralitäts- und Schiedsvertrages vom 6. März 1929 <sup>3)</sup>, der im November vorigen Jahres auf weitere fünf Jahre verlängert wurde <sup>4)</sup>, in voller Harmonie.

Was die militärischen Maßnahmen an der türkisch-bulgarischen Grenze betrifft, so sollen diese nach der Erklärung des türkischen Gesandten in Bern nicht gegen Bulgarien gerichtet sein. Seine weitere Äußerung, die hierzu in einem gewissen Widerspruch steht <sup>5)</sup>:

» Il est, en outre, connu que la Bulgarie a pris et continue de prendre des mesures militaires à la frontière grecque. La Turquie, comme partie à l'Entente balkanique, ou à l'Entente cordiale gréco-turque, ne pouvait pas rester indifférente à ces mesures «

gibt der türkischen Stellungnahme insofern eine besondere völkerrechtliche Note, als sie die Frage des Verhältnisses der beiden erwähnten Verträge, d. h. des griechisch-türkischen Freundschaftsvertrages vom 14. September 1933 <sup>6)</sup> und des Balkanpaktes <sup>7)</sup>, zueinander auf-tauchen läßt.

Während die Türkei ihre Maßnahmen insofern auf Art. 1 des griechisch-türkischen Freundschaftsvertrages gründen kann, als die Türkei und Griechenland sich nach dieser Bestimmung die Unverletzlichkeit ihrer gemeinsamen Grenze garantieren, ist nach dem Balkanpakt, der späteren Datums ist, die gegenseitige Garantie der Sicherheit der balkanischen Grenzen der vertragschließenden Parteien, unter denen sich auch die Türkei und Griechenland befinden, nicht Angelegenheit eines einzelnen, sondern aller Vertragspartner, und jede Maßnahme zu diesem Zweck ist nach Art. 2 an gewisse Voraussetzungen gebunden: Die ver-

<sup>1)</sup> Le Temps, 9. III. 1935.

<sup>2)</sup> Martens, N. R. G. III<sup>e</sup> Sér., t. 20, p. 345; Austausch der Ratifikationen am 2. VIII. 1926.

<sup>3)</sup> Martens, N. R. G. III<sup>e</sup> Sér., t. 28, p. 704.

<sup>4)</sup> Bulgarisches Staatsblatt (Duržaven Vestnik) Nr. 187 vom 17. XI. 1934. Nach Zeitungsmeldungen (Messenger d'Athènes, 17. IV. 1935) sind allerdings die Ratifikationsurkunden noch nicht ausgetauscht.

<sup>5)</sup> Le Temps, 9. III. 1935.

<sup>6)</sup> Vgl. diese Zeitschr. Bd. IV, S. 120 ff.

<sup>7)</sup> Vgl. diese Zeitschr. Bd. IV, S. 329.

tragschließenden Parteien verpflichten sich danach, sich über die zu ergreifenden Maßnahmen bezüglich der Eventualitäten, die ihre Interessen betreffen, zu verständigen (se concerter), und darüber hinaus darf kein Vertragspartner irgendwelche politische Aktion gegen einen Balkanstaat, der nicht Signatar des Vertrages ist, ohne vorheriges gegenseitiges Einvernehmen (avis mutuel) unternehmen. Man könnte die Frage aufwerfen, ob den genannten Maßnahmen der Türkei nicht eine Fühlungnahme zwischen den Mächten der Balkanentente, von der nichts bekannt geworden ist, hätte vorausgehen müssen.

\* \* \*

Die Wiederherstellung der Wehrhoheit in Deutschland hat auch die Frage nach der Geltung bzw. nach der eventuellen Änderung der die Wehrhoheit Bulgariens, Österreichs und Ungarns beschränkenden Friedensbestimmungen aufgeworfen. Die Konferenz in Stresa, welche die Aufgabe hatte, den Standpunkt Englands, Frankreichs und Italiens bezüglich der deutschen Aufrüstung zu erörtern, sah sich veranlaßt, auch zu den Militärklauseln der Verträge von St. Germain, Trianon und Neuilly Stellung zu nehmen. Die Konferenz enthielt sich einer genaueren Formulierung dieser Frage, da sie der Meinung war, die Entscheidung sei Sache der direkt interessierten Mächte, welche, frei und ihrer Verantwortung voll bewußt, nach einer eingehenden Prüfung der Meinungen ihre Entscheidungen zu treffen hätten <sup>1)</sup>. Die Vertreter der drei Mächte sahen es also als ihre Pflicht an, gegen jede einseitige Aufhebung der Verträge Stellung zu nehmen und hielten keine andere Lösung für möglich, als eine vertragliche Regelung zwischen den interessierten Staaten, und zwar durch Verhandlungen, deren Erfolg von neuen Sicherheitsgarantien mittels eines eventuellen Ost- und Zentraleuropapakts abhängt. Das vom Ständigen Rat der Kleinen und dem der Balkanentente danach in Genf herausgegebene Communiqué vom 15. April <sup>2)</sup> hebt die Übereinstimmung zwischen dem Standpunkt der Kleinen und der Balkanentente mit dem der in Stresa vertretenen Mächte hervor und

<sup>1)</sup> Vgl. diese Zeitschr. Bd. V, S. 353.

<sup>2)</sup> »Les Conseils Permanents de la Petite Entente et de l'Entente Balkanique, réunis sous la présidence de M. Titulesco, ont examiné la situation générale à la lumière des derniers événements. Ils ont pris connaissance des résultats de la Conférence de Stresa et ont accueilli avec satisfaction les efforts accomplis pour la réalisation de divers objectifs pour la cause de la paix européenne.

La Petite Entente et l'Entente Balkanique attachent une importance particulière à la conclusion des traités d'assistance mutuelle de l'Europe Nord-Orientale et des pactes de sécurité de l'Europe Centrale et Sud-Orientale. En ce qui concerne la révision du statut militaire de l'Autriche, de la Hongrie et de la Bulgarie, les délégués des cinq Etats ont pris acte des explications fournies par M. Laval.» Vgl. Temps, Messenger d'Athènes, 15. IV. 1935.

stellt mit Befriedigung die in Stresa ausgesprochene Meinung bezüglich der Notwendigkeit und Nützlichkeit von Sicherheitspakten in Nordost-, Zentral- und Südosteuropa fest.

Die Annahme, daß die drei in ihrem Verteidigungsrecht beschränkten Staaten dem Beispiel Deutschlands in der Lossagung von den Militärklauseln der betreffenden Verträge folgen würden, ist durch die Erklärungen der Vertreter sowohl Bulgariens als auch Österreichs und Ungarns hinfällig geworden, die dahin lauten, daß keiner dieser drei Staaten beabsichtige, eigenmächtig die Militärbestimmungen der Friedensverträge aufzuheben oder zu verletzen, ohne aber dabei ihren Anspruch auf Gleichberechtigung aufzugeben.

Bei der Tagung des ständigen Rats der Balkanentente vom 10. bis 13. Mai dieses Jahres in Bukarest wurde, wie das nachfolgende Communiqué zeigt, von der Balkanentente der Standpunkt der Stresa-Konferenz gutgeheißen:

»Le conseil permanent de l'Entente balkanique a tenu sept réunions du 10 au 13 mai, à Bukarest, sous la présidence de M. Titulesco, ministre des affaires étrangères de Roumanie.

Il a commencé par examiner de manière approfondie la situation générale en Europe, et a eu à constater avec satisfaction que la situation dans les Balkans n'était pas de nature à donner lieu à des préoccupations, tant au point de vue du maintien de la paix qu'à celui des relations de bon voisinage dans cette partie de l'Europe. Bien au contraire, le conseil permanent a acquis la conviction que le moment est proche où un renforcement et un élargissement de l'action balkanique dans les Balkans se produira.

Le conseil permanent a ensuite minutieusement examiné les questions qui intéressent soit le groupement de l'Entente balkanique en bloc, soit chacun des pays membres en particulier.

Il a été unanime à reconnaître que les intérêts généraux et spéciaux de l'Entente balkanique ne pourraient recevoir une satisfaction durable que par la collaboration de tous les pays, sans exception, en vue d'assurer la stabilité de la paix en Europe et, en particulier, avec la Petite-Entente.

Le conseil permanent salue avec joie la conclusion du traité d'assistance mutuelle franco-soviétique, qu'il considère comme la base de l'organisation future de la sécurité en Europe orientale.

En ce qui concerne les accords de Rome, l'Entente balkanique est prête, si l'on tient compte de ses intérêts légitimes, à fournir son accord pour la réalisation d'une oeuvre en collaboration avec tous les pays visés dans le protocole Laval-Mussolini du 7 janvier 1935.

Ces intérêts ont fait l'objet d'un examen serré et détaillé qui a permis de constater non seulement une identité parfaite de vue sur toutes les questions, mais encore une solidarité et une indivisibilité telles, entre les quatre Etats de l'Entente balkanique, que le conseil permanent considère de son devoir de les proclamer comme ses premières directives politiques.

En ce qui concerne les questions économiques: le conseil permanent

a approuvé sous réserve de la ratification par les gouvernements respectifs, les protocoles et rapports établis par le conseil économique de l'Entente balkanique à Athènes le 9 janvier 1935 et à Ankara le 25 avril de la même année.

Le conseil permanent constate que les conditions nécessaires pour aboutir par une combinaison des efforts et un développement des échanges à une amélioration des conditions économiques existent. En conséquence, le conseil permanent a décidé :

- a) L'intensification des échanges commerciaux à l'intérieur de l'Entente balkanique ainsi que vis-à-vis des Etats tiers;
- b) Le développement et l'amélioration des communications;
- c) L'intensification des relations politiques;
- d) La mise à l'étude des questions bancaires.

En conséquence, le conseil permanent a adopté une série de mesures destinées à développer les échanges entre les pays de l'Entente balkanique par l'acheminement progressif vers plus de liberté, par l'établissement de règles claires et plus simples pour le commerce, par une collaboration des instituts d'exportation et par une meilleure connaissance réciproque des produits à l'aide d'expositions (foires) à caractère permanent, etc.

Il a également adopté des propositions concernant les moyens de paiement et une action concertée à l'égard des tiers.

Dans le domaine des communications, le conseil permanent a recommandé une série de mesures à prendre par les administrations compétentes des quatre pays pour faciliter et développer les communications.

Un soin particulier a été donné au projet d'une convention postale susceptible d'être immédiatement mise en vigueur, ce qui fait que des relations par poste, télégraphe et téléphone très favorables seront sous peu établies sur un territoire qui représente une étendue égale à celle de la France, de l'Allemagne, de l'Italie, de la Suisse et de l'Autriche.

Le conseil permanent a également approuvé le projet d'une convention aérienne (avec certaines annexes), qui répond à la nécessité de faciliter l'établissement et le développement de lignes aériennes régulières et du tourisme aérien, et de créer une collaboration entre les aviations marchandes.

Dans le domaine du tourisme, des propositions concrètes ont été adoptées. Toute une série de mesures techniques, destinées à développer le mouvement touristique a été suggérée. Les études nécessaires seront poursuivies pour que, lors de la prochaine réunion du conseil économique, on puisse aboutir à la conclusion d'une convention spéciale à ce sujet.

En ce qui concerne le problème de la création d'une banque balkanique, un avant-projet présenté par la délégation turque a été soumis à l'étude des banques d'émission, dont les gouverneurs seront priés de se réunir au moins une fois par an. De même les représentants du crédit privé des quatre pays seront invités à se réunir chaque année. Le conseil permanent est arrivé à la conclusion que les mesures adoptées ne manqueront pas de déterminer une amélioration sensible des conditions économiques. «

\* \* \*

Die Dardanellenfrage, welche schon zu wiederholten Malen vor dem Völkerbund in der Absicht aufgerollt wurde, die Bestimmungen des Lausanner Vertrages bezüglich der Entmilitarisierung der Meerengen und der »Convention concernant le régime des Détroits« vom 24. Juli 1923 aufzuheben <sup>1)</sup>, ist allem Anschein nach wieder akut geworden. In der Sitzung des Völkerbundsrates, welche über den von England, Frankreich und Italien vorgelegten Entwurf betr. die angebliche Verletzung des Versailler Vertrages durch Deutschland stattfand, hat der Vertreter der Türkei auch die Frage des gegenwärtigen Dardanellenstatuts von neuem in die Debatte geworfen. In der Ratssitzung vom 17. April 1935 <sup>2)</sup> hat sich der Vertreter der Türkei, der gleichzeitig Ratspräsident war, wie folgt geäußert:

»Le projet de résolution présenté par M. Laval au nom de trois Puissances me semble devoir être examiné à la lumière du communiqué publié à l'issue de la Conférence de Stresa. En ce qui concerne le problème faisant l'objet de ce communiqué, nous avons déjà exprimé notre point de vue dans le communiqué publié à la suite de la réunion des conseils permanents de la Petite Entente et de l'Entente balkanique. Avant qu'intervienne le vote, je voudrais vous entretenir d'un point qui présente un intérêt particulier pour mon pays.

On sait que le Traité de Lausanne contient certaines clauses militaires qui, pour n'avoir pas la portée des clauses contenues dans certains traités, n'en constituent pas moins des limitations dans les moyens de défense d'une partie de notre territoire national. Ces limitations affectent deux régions. Dans une région, c'est-à-dire en Thrace, elles impliquent des obligations égales et réciproques pour les trois pays limitrophes. Ces obligations s'appuient sur l'accord des trois Etats intéressés, c'est à ceux-ci également qu'incombe réciproquement la responsabilité de leur maintien. Je n'ai, par conséquent, pas à faire cas ici de ces clauses.

Il n'en est pas de même pour l'autre région, celle des Détroits. Les clauses militaires qui la concernent présentent un caractère discriminatoire. Ici, il s'agit, en plus des zones démilitarisées, des limitations des moyens de défense. Ces clauses militaires n'ont pas de contre-partie comme le Pacte de Locarno. Elles créent une situation inégale au détriment de la Turquie. De plus, cette inégalité subsiste nonobstant les profondes modifications survenues dans les circonstances qui ont présidé à l'acceptation de ces clauses et les changements essentiels auxquels les circonstances peuvent encore être sujettes.

A ce sujet, je tiens à mettre clairement en évidence le point suivant: dans le cas où des changements surviendraient dans la situation déterminée par les traités existants, la Turquie se verrait dans l'obligation de les faire dépendre de modifications conséquentes dans le régime militaire des Détroits.

Deux raisons de principe demontrent le bien-fondé de cette revendication: l'une est la nécessité, pour la Turquie, de sa sécurité, comme pour tout autre Etat. L'autre est que la Turquie, qui, avec la vigilance

<sup>1)</sup> Vgl. diese Zeitschr. Bd. IV, S. 882.

<sup>2)</sup> S. d. N., Journ. Off. 1935, Ziff. 3565.

nécessaire à la défense de son existence, ne cesse de s'associer sincèrement à tous les efforts pour la consolidation de la paix, ne saurait admettre que son zèle dans ce domaine puisse l'exposer à un traitement inégal. Il est donc naturel que toutes les fois qu'il est question des traités du point de vue des clauses militaires qu'ils contiennent, on ne puisse passer sous silence le Traité de Lausanne, qui contient également des clauses militaires.

Qu'il me soit permis, à cette occasion, de souligner que, sous un régime de parfaite égalité et de réciprocité, nous offrons à tous le maximum de sécurité. Nous sommes prêts à souscrire à tous arrangements internationaux pour la paix et la sécurité.

Si, à l'occasion de la discussion du projet de résolution, j'ai tenu à faire la présente déclaration, ce n'est pas pour soulever, à l'heure actuelle, le fond même de la question, c'est pour vous faire connaître la manière de voir de la Turquie. Je précise, toutefois, que les changements éventuels dans le régime militaire des Détroits ne peuvent, dans notre esprit, nullement affecter le régime de la liberté des Détroits. «

Die Vertreter Englands, Italiens und Frankreichs haben sich unter Hinweis auf die Tatsache, daß der Rat mit dieser Frage nicht befaßt sei, nur kurz darauf geäußert. Der britische Vertreter hat sich darauf beschränkt »à formuler toutes réserves sur cet exposé«. Dies hat auch der italienische Vertreter zum Ausdruck gebracht, während der Franzose Laval das türkische Verlangen so verstanden hat, daß der türkische Vertreter »a sans doute voulu seulement exprimer le désir que son pays soit appelé un jour à bénéficier des garanties d'une organisation collective de la sécurité«. Lediglich der Vertreter Sowjetrußlands hat erklärt, daß sein Land der Durchsetzung des türkischen Anspruchs keinerlei Schwierigkeit machen werde.

Die Staaten der Balkanentente sahen die Wünsche der Türkei als solche an, welche sich notwendigerweise aus dem Verlangen der übrigen Staaten nach Revision der Friedensverträge ergeben.

Zum Verständnis der Aufnahme dieser türkischen Anregung ist ein Artikel der »Times«<sup>1)</sup> von einigem Interesse. Dieser wendet sich entschieden dagegen, die Friedensverträge von St. Germain, Trianon und Neuilly mit dem Friedensvertrag von Lausanne auf eine Linie zu stellen, da die Verträge ihrer Grundlage nach vollkommen verschieden seien. Während die Verträge von St. Germain, Trianon und Neuilly aufgezwungen seien, seien die Türken in Lausanne nicht nur als gleiche Partner, sondern eher als Sieger erschienen und hätten freiwillig ihre Unterschrift unter die Abmachungen gesetzt. Außerdem seien sowohl die Türkei wie auch Bulgarien Mitglieder des Völkerbundes und durch die Völkerbundssatzung gebunden. Ihre gemeinsame Grenze sei durch das Abkommen vom 24. Juli 1923 über die Grenze Thraziens<sup>2)</sup> entmilita-

<sup>1)</sup> 20. IV. 1935.

<sup>2)</sup> Vgl. Martens, N. R. G. III<sup>e</sup> Ser. t. 13, p. 401.

risiert, und jede Verletzung dieser Bestimmungen müsse dem Völkerbundsrat zur Entscheidung vorgelegt werden. Danach ergebe sich für die Türkei keine Gefahr einer eventuellen Wiederherstellung der Wehrhoheit Bulgariens. Nebenbei hätten beide Länder auch einen Pakt über Neutralität und Schiedsgerichtsbarkeit unterzeichnet, und es sei kaum möglich, daß ein wirklicher Gegensatz zwischen ihren Interessen bestehe. Das Besondere dieser englischen Auffassung besteht in der Charakteristik der »dictated treaties of St. Germain, Trianon und Neuilly«. In dieser Charakteristik ist gleichzeitig die moralische und rechtliche Bewertung aller dieser Verträge enthalten, um die die unterlegenen Staaten seit Bestehen der Verträge kämpfen. Als moralisches Urteil kann diese Anerkennung jederzeit jenen moralischen Urteilen entgegengestellt werden, die sich in letzter Zeit sowohl Gruppen von Staaten als auch die Völkerbundsinstitution selbst zu fällen anmaßten.

\* \* \*

Der ungarisch-jugoslawische Streit <sup>1)</sup> hat in der Ratssitzung vom 25. Mai 1935 seine Erledigung dadurch gefunden, daß sich die jugoslawische Regierung mit dem Bericht der ungarischen Regierung über die angestellten Erhebungen bezüglich der Verfehlungen ungarischer Beamter <sup>2)</sup> einverstanden erklärt hat, nachdem sie in ihren Bemerkungen vom 20. Mai 1935 <sup>3)</sup> sich zunächst für nicht befriedigt erklärt hatte. Die ungarische Regierung hat im übrigen in der Ratssitzung vom 25. Mai die Erklärung abgegeben, weiterhin alle Maßnahmen gegen die Terroristen und jugoslawischen Auswanderer im Verfahren der allgemeinen Fremdenkontrolle ergreifen zu wollen <sup>4)</sup>.

Abgeschlossen am 1. Juni 1935.

Luben off.

---

<sup>1)</sup> Vgl. diese Zeitschr. Bd. V, S. 127 f.

<sup>2)</sup> S. d. N., C. 48. M. 21. 1935. VII, Questions politiques 2.

<sup>3)</sup> S. d. N., C. 189. M. 106. 1935. VII, Questions politiques 9.

<sup>4)</sup> Über den Stand des Minderheitenstreites zwischen Albanien und Griechenland ist an anderer Stelle der Zeitschrift berichtet, s. unten S. 647.